

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XX. Jahrgang, Nr. 7

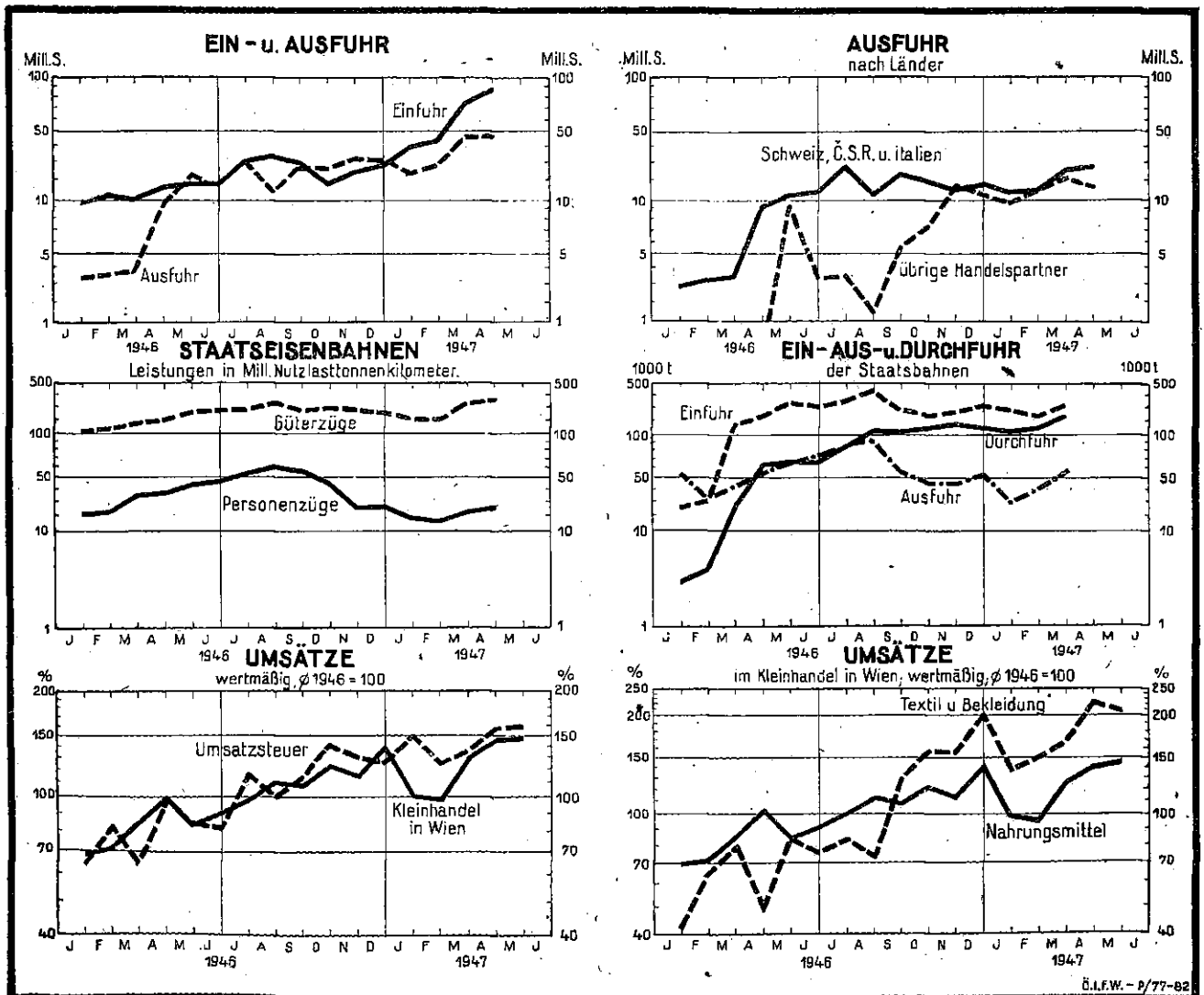
Abgeschlossen am 15. Juli 1947

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Die Fortschritte der österreichischen Wirtschaft im ersten Halbjahr 1947 waren nur sehr bescheiden. Nach der bis Mitte März anhaltenden Energiekrise begann die gewerbliche Produktion nur langsam anzulaufen und hält zur Zeit — mit einigen Ausnahmen — noch auf sehr niedrigem Niveau. Die

Versorgung der Bevölkerung mit gewerblichen Konsumgütern besserte sich nur unwesentlich. Die Kaloriensätze für Nichtselbstversorger konnten zwar dank den UNRRA-Lieferungen und Aushilfen der amerikanischen Besatzungsmacht aufrechterhalten werden, doch blieb die Ungewißheit über die

Zur Entwicklung des Außenhandels, des Verkehrs und der Umsätze (Natürlicher bzw. logarithmischer Maßstab)



Nahrungsmittelversorgung zwischen dem Ende der UNRRA und der neuen Ernte zunächst bestehen. Darüber hinaus drohte die Gefahr einer neuerlichen Energiekrise im nächsten Winter, die selbst die bescheidenen Fortschritte des Jahres 1947 wieder zunichte machen würde.

Erst Ende des ersten Halbjahres 1947 ist durch eine Reihe günstiger Umstände eine Wende eingetreten, die für das zweite Halbjahr eine wesentliche Belebung der Wirtschaft erwarten läßt.

Besserung der Devisenlage

Jede Besserung der wirtschaftlichen Lage Österreichs hängt zunächst weitgehend davon ab, daß es gelingt, das Zahlungsbilanzdefizit zwischen den Devisenerlösen aus dem geringen eigenen direkten und indirekten Export und dem Devisenbedarf für unbedingt notwendige Importe an Nahrungsmitteln, Brennstoff und industrielle Rohstoffe durch Auslandskredite, ausländische Hilfssendungen und andere außerordentliche Deviseneingänge zu überbrücken.

Nachdem bereits zu Jahresbeginn Österreich von Großbritannien außer einem kurzfristigen 1½-Mill.-Pfund-Wollkredit ein langfristiger Kredit von 8½ Mill. Pfund gewährt wurde, sind nunmehr die Vereinigten Staaten mit einer Reihe von Hilfsmaßnahmen eingesprungen, die Österreich einen ansehnlichen Fonds von Devisen zur Beschaffung lebenswichtiger Importe sichern.

Im Rahmen des 350-Mill.-Dollar-Hilfsprogramms für Europa steht Österreich an erster Stelle; die für Österreich vorgesehenen Zuwendungen werden rund 100 Mill. Dollar betragen und sollen in erster Linie zur Beschaffung von Nahrungsmitteln, aber auch von Kohle und landwirtschaftlichen Bedarfsgütern verwendet werden. Außerordentliche Dollareinnahmen erwachsen Österreich ferner aus dem Beschluß der USA, ab 1. Juli keine Besatzungskosten mehr zu verlangen, sondern für beanspruchte Leistungen in Dollar zu zahlen. Auch durch die Überweisung von Dollarguthaben ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener fallen namhafte Devisen an. Die genaue Höhe der Dollareingänge aus diesen beiden Quellen steht noch nicht fest. Nach der Höhe der Besatzungskosten im ersten Quartal 1947 (30 Mill. \$ je Besatzungsmacht) können die zu vergütenden Leistungen für das zweite Halbjahr 1947 auf etwa 6 Mill. Dollar geschätzt werden, während die bisher zur Auszahlung eingereichten Guthaben ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener 7 Mill. Dollar betragen. Darüber hinaus sind die Verhandlungen über einen 27-Mill.-Dollar-

Kredit der Import- und Exportbank in ein fortgeschrittenes Stadium gerückt¹⁾. Dieser Kredit soll zur Gänze der österreichischen Industrie zugute kommen und einzelne besonders aussichtsreiche industrielle Projekte finanzieren. Unter der Voraussetzung, daß der Kredit der Import- und Exportbank bewilligt wird, stehen Österreich somit neben dem laufenden Devisenanfall aus direkten und indirekten Exporten sowie kurzfristigen Überbrückungskrediten voraussichtlich ungefähr 174 Mill. Dollar Devisen zur Verfügung. Ein Großteil hiervon entfällt auf das zweite Halbjahr 1947^{2) 3)}.

	Millionen \$
Zuwendungen im Rahmen des amerikanischen 350-Mill.-Dollar-Hilfsprogramms	100
85-Mill.-Pfund-Kredit Großbritanniens	34
Dollar-Guthaben von ehemaligen Kriegsgefangenen	7
Ausgaben der USFA in Österreich	6
Voraussichtlicher Kredit der Import- und Exportbank	27
	<hr/>
	174

Diese finanziellen Mittel werden Österreich in die Lage versetzen, zumindest seine dringendsten Importbedürfnisse zu decken und mithelfen, den verhängnisvollen Zirkel — geringe Produktion — niedrige Ausfuhr — kleiner Devisenvorrat — Hemmung der Produktion mangels lebenswichtiger Importe — zu sprengen. Die beiden vordringlichsten Probleme waren die Kohlenversorgung und die Sicherung der Ernährung. In beiden Fällen genügt es nicht, über Devisen zum Ankauf dieser Waren zu verfügen, sondern es müssen auch konkrete Abmachungen mit den in Frage kommenden Lieferländern über die Lieferung dieser Mangelgüter getroffen werden.

Günstigere Kohlenversorgung im zweiten Halbjahr 1947

Durch erfolgreiche Verhandlungen einer österreichischen Kohlendelelegation in London und Washington ist es gelungen, konkrete Zusagen über Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet und den Vereinigten Staaten zu erhalten und einen Teil der

¹⁾ Zunächst wird über einen Kredit von 13 Mill. Dollar verhandelt, dem später ein weiterer von 14 Mill. Dollar folgen soll.

²⁾ Im Rahmen des englischen Pfundkredits wurden bis Ende Juni (einschließlich des Wollkredits, aber ohne der Ruhrkohle, für die noch kein Verrrechnungspreis festgelegt ist) Importgeschäfte von 47 Mill. Pfund abgeschlossen und Importe von 12 Mill. Pfund bereits verwirklicht.

³⁾ In dieser Ziffer ist der USA-Kredit zum Einkauf von überschüssigem Heeresmaterial nicht enthalten.

für Österreich vorgesehenen Zuwendungen im Rahmen des Europahilfsprogrammes zum Ankauf von Kohle freizubekommen.

Dadurch war es möglich, ein Minimalprogramm für Kohle aufzustellen, das Kohlenbezüge von annähernd 400.000 t (auf Steinkohlenbasis) vorsieht.

*Kohlenminimalprogramm für das zweite
Halbjahr 1947¹⁾*

I. Kohlenbeschaffung

	Tonnen pro Monat (Steinkohlenbasis)
Inland (13.000 t Steinkohle) (200.000 t Braunkohle)	113.000
Westdeutschland (85 bis 90% der Zuteilung)	150.000
USA	30.000
Polen, CSR, Jugoslawien, Ungarn	85.000
Transitkohle der Staatsbahnen	13.000
Insgesamt	391.000

II. Kohlenverteilung

Staatsbahnen (einschl. Transitkohle)	83.000
Öffentliche Versorgung (Gas u. Strom)	75.000
Industrie (einschl. Kokerei Linz)	158.000
Kleingewerbe, Hausbrand usw.	75.000
Insgesamt	391.000

¹⁾ Ohne den Bedarf der Besatzungsmächte.

Zur Sicherstellung der im Programm vorgesehenen Kohlenbezüge von 85.000 t aus europäischen Lieferländern (mit Ausnahme Deutschlands) wurden im Juli Verhandlungen mit Polen und der CSR geführt und erfolgreich beendet.

Mit Polen wurde bereits im Juni ein Handelsvertrag über Lieferung von monatlich 50.000 t Steinkohle abgeschlossen, der am 1. August in Kraft treten und ein Jahr Geltung haben sollte. Die damaligen Verhandlungen waren jedoch äußerst schwierig, da Österreich noch nicht über entsprechende Devisenreserven verfügte. Polen war nicht in der Lage, Kredite zu gewähren und forderte unmittelbare Kompensation der Kohlenlieferungen durch Warenlieferungen, soweit diese nicht durch freie Devisen abgedeckt werden konnten. Die Erfüllung dieses Vertrages wäre für Österreich äußerst schwierig gewesen, da die österreichische Industrie nur beschränkt lieferfähig ist und vor allem lange Lieferfristen benötigt. Durch die Finanzhilfe der USA erhielt nun Österreich größere Dollarbeträge zum Ankauf von Kohle, so daß die Realisierung des Vertrages nicht mehr von der Lieferfähigkeit der österreichischen Industrie abhing. Auf Grund von neuen Verhandlungen mit Polen gelang es, nicht nur die im ersten Handelsvertrag vorgesehenen Lieferungen von 50.000 t monatlich tatsächlich sicherzustellen, sondern darüber hinaus noch weitere Liefe-

rungen von 35.000 t pro Monat zu vereinbaren. Entgegen der ursprünglichen Abmachung, drei Fünftel der Kohlenlieferungen in Waren zu bezahlen, wird zumindest bis Ende dieses Jahres ein bedeutend größerer Teil mit Dollars abgedeckt werden.

Die CSR verfügt derzeit über keine Steinkohlenüberschüsse. Dagegen konnten monatliche Lieferungen von 5.000 bis 6.000 t Koks (ab September) und von 25.000 bis 35.000 t Braunkohle gesichert werden, die zum Teil durch Waren (vor allem Soda) bezahlt werden sollen.

Auf Grund der Lieferungen von Polen und der CSR besteht nun begründete Hoffnung, daß das vorgesehene Minimalprogramm auch tatsächlich erfüllt wird.

Die Verwirklichung dieses Programmes wird naturgemäß einige Zeit in Anspruch nehmen — so ist das Eintreffen von Kohle aus den USA nicht vor August zu erwarten —, so daß in der Übergangszeit noch Schwierigkeiten und Stockungen in der Kohlenversorgung eintreten können. Die Erfüllung des Minimalprogrammes wird Österreich eine monatliche Kohlenmenge sichern, die erheblich größer ist als die bisherige Kohlenversorgung seit der Befreiung, und gibt die Gewähr für ein reibungsloses Funktionieren der Wirtschaft, wenn auch auf einer stark reduzierten Basis. Gleichzeitig ist aber damit auch gesichert, daß die bisher abgeschlossenen bzw. in Aussicht genommenen Zusatzgeschäfte, die Österreichs Kohlenversorgung weiter verbessern werden und die nicht im Minimalprogramm enthalten sind, auch wirklich abgewickelt werden können, da sie einen funktionierenden Eisenbahnverkehr sowie ein bestimmtes Mindestproduktionsniveau in anderen Produktionszweigen voraussetzen. Von diesen Zusatzgeschäften werden zur Zeit bereits das Schwedengeschäft der Linzer Hütte sowie die tschechischen Kokslieferungen für den zweiten Hochofen in Donawitz erfüllt, während eine Kompensation Stickstoff gegen Kohle mit Deutschland vor dem Abschluß steht und weitere Geschäfte z. B. der Papierindustrie verhandelt werden. Bei Verwirklichung des Minimalprogrammes und der Zusatzgeschäfte wird Österreichs Kohlenversorgung annähernd den Stand von 1937 erreichen. Damit ist neben der eisenerzeugenden Industrie, die bereits jetzt durch die Inbetriebnahme des Hochofens in Linz am 14. Juni sowie des zweiten Hochofens in Donawitz am 5. Juli mit der gleichen Kapazität wie 1937 arbeitet, auch für andere kohleintensive Industriezweige die wichtigste Voraussetzung für eine Erhöhung der Produktion gegeben.

Sicherung der Ernährung nach Beendigung der UNRRA-Lieferungen

Die UNRRA hat Ende Juni 1947 ihre Tätigkeit in Österreich beendet. Einschließlich der noch ausstehenden Restlieferungen von 2,4 Mill. Dollar lieferte die UNRRA seit dem 1. April 1946 Waren im Werte von insgesamt 135,6 Mill. Dollar. Die Hauptaufgabe der UNRRA in Österreich war die Sicherung der Ernährung. Entgegen dem ursprünglichen Verteilungsplan, der einen bedeutend höheren Prozentsatz für Industrieerzeugnisse vorsah, entfielen daher 91,8% der Gesamtlieferungen entweder direkt auf Lebensmittel oder auf landwirtschaftliche Bedarfsgüter, gegenüber nur 5,1% für industrielle Bedarfsgüter.

Gesamtlieferungen der UNRRA¹⁾

	Mill. \$
Lebensmittel	104,9
Landwirtschaftliche Bedarfsgüter	19,6
Industrielle Bedarfsgüter	7,5
Textilien und Kleider	1,8
Medikamente	1,8
	135,6

¹⁾ Einschließlich der von der UNRRA bezahlten Militärlieferungen sowie der am 30. Juni 1947 noch ausstehenden Restlieferungen.

Das Ende der UNRRA-Tätigkeit stellte Österreich vor eine schwierige Situation, da die eigenen Vorräte an Brotgetreide weitgehend verbraucht waren (im Juni konnten nur noch 8% des Bedarfes aus eigener Erzeugung gedeckt werden) und im englischen Pfundkredit nur 1,5 Mill. Pfund für Lebensmittel vorgesehen waren. Aber auch hiervon konnte kein Getreide beschafft werden, da die Sterlingblockländer über keine Getreideüberschüsse verfügen und nur ein kleiner Teil der Anleihe in Dollar konvertierbar war. Die Lebensmitteleinkäufe im Rahmen des Pfundkredites erstreckten sich daher in erster Linie auf Fische und Gemüse. Die Sicherung der Ernährung der österreichischen Bevölkerung vom Ende der UNRRA-Tätigkeit bis zur neuen Ernte war daher bei Brotgetreide zur Gänze davon abhängig, ob die gesetzgebenden Körperschaften in den Vereinigten Staaten — die praktisch als einziges Land sowohl über Getreidevorräte verfügen als auch entsprechende Kredite bereitstellen können — entsprechende Hilfslieferungen für Europa bewilligten. Durch das 350-Mill.-Dollar-Hilfsprogramm der USA für Europa konnte diese gefährliche Klippe für Österreichs Ernährungswirtschaft umschifft werden. Die im Rahmen dieses Hilfsprogramms für Österreich vorgesehenen Getreidelieferungen von 40.000 bis 50.000 t monatlich sichern die Getreidevorsor-

gung Österreichs bis zum Oktober, dem Zeitpunkt, für den die Heranziehung der eigenen Ernte vorgesehen ist.

Voraussetzungen für eine optimale Verwendung der Auslandshilfe

Diese Auslandshilfen geben der österreichischen Wirtschaft die Möglichkeit, die eigene Produktion zu entfalten. Es liegt nun an Österreich, diese Chance auszunützen und durch einen rationellen Einsatz der ausländischen Hilfe sowie der eigenen Produktivkräfte die Leistungen der heimischen Wirtschaft zu steigern und sich allmählich von der Auslandshilfe unabhängig zu machen. Welcher Weg hier noch zurückzulegen ist, zeigt am besten, daß das Zahlungsbilanzdefizit im Jahre 1947 — unter der Voraussetzung, daß der Kredit der Export- und Importbank noch in diesem Jahr verfügbar wird — trotz des äußerst geringen Lebensstandards der Bevölkerung auf etwa 200 Mill. Dollar geschätzt werden kann, während die kommerzielle Ausfuhr im April 1947 mit 46 Mill. Schilling real erst rund 15% des Monatsdurchschnitts 1937 erreicht hat.

Die Auslandshilfe kann allerdings nur dann optimal verwertet werden, wenn zumindest zwei Voraussetzungen gegeben sind:

1. Eine Ordnung der Preis-, Lohn- und Währungsverhältnisse und
2. konkrete Vorstellungen über die bestmögliche Ausnützung der heimischen Produktivkräfte und der Auslandshilfe, d. h. einen Wirtschaftsplan.

Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, muß befürchtet werden, daß die ausländischen Kredite zerrinnen, ohne eine sichtbare Belebung der österreichischen Wirtschaft herbeigeführt zu haben, und daß nach Ablauf der Hilfsaktion Österreich genau so hilfsbedürftig sein wird wie in der Gegenwart.

Bemühungen um eine Ordnung der Preis- und Lohnverhältnisse

Die Ordnung der Preis- und Lohnverhältnisse entwickelte sich in den letzten Monaten immer mehr zu einem Hauptproblem der österreichischen Wirtschaft. Die außerordentlichen Schwierigkeiten, denen die in letzter Zeit unternommenen Bemühungen zur Wiederherstellung relevanter Preise und Löhne begegneten, zeigen deutlich, welche gefährliche Entwicklung Löhne und Preise genommen haben und daß es zumindest zweifelhaft ist, ob bei einem Scheitern der gegenwärtigen Versuche die sich in letzter Zeit stark beschleunigende Preis- und Lohnschraube zu einem späteren Zeitpunkt noch aufgefangen werden kann. In Wien stiegen die Löhne im

zweiten Quartal 1947 nach einer relativen Stabilität im ersten Quartal vor allem durch die bedeutenden, zum Teil mit rückwirkender Kraft genehmigten Lohnerhöhungen im Juni um 24% und haben damit die Erhöhung der Lebenshaltungskosten (nach einem Normalverbrauchsschema), die im ersten Quartal den Löhnen vorauseilten, wieder überholt. Im Juli stiegen jedoch die Lebenshaltungskosten sprunghaft um 33,1% durch Erhöhung der Verbraucherpreise für tierische Nahrungsmittel, aber auch durch Preiserhöhungen bei sämtlichen gewerblichen Erzeugnissen und eine weitere Erhöhung steht durch die Neufestsetzung der Preise für pflanzliche Nahrungsmittel bevor. Die dadurch notwendig gewordenen neuerlichen starken Lohnerhöhungen werden ihrerseits wieder die Preise der gewerblichen Erzeugnisse hinaufschnellen lassen. So droht eine immer stärkere Preis- und Lohndynamik, wenn es nicht gelingt, rechtzeitig Ordnung in das Preis- und Lohnchaos zu bringen.

Angesichts der bestehenden Mangellage, der nach wie vor überdimensionierten Geldmenge sowie der unvermeidlichen Härten, die eine relative Preis- und Lohnstabilität für bestimmte Bevölkerungskreise mit sich bringen muß, ist es allerdings unwahrscheinlich, daß es gelingt, Preise und Löhne auch nur einigermaßen zu stabilisieren, ohne daß gleichzeitig mit der Regelung der Preise und Löhne oder zumindest innerhalb eines kurzen Zeitraumes nachher durch monetäre Maßnahmen die Geldmenge verknappt wird. Günstige Voraussetzungen für eine baldige Währungsreform wurden dadurch geschaffen, daß die amerikanischen Besatzungstruppen der österreichischen Regierung 308 Mill. S, das sind etwa drei Viertel der ihnen seit dem Schillinggesetz als Besatzungskosten zur Verfügung gestellten Schillingbeträge, als endgültige Abrechnung der seit der Besetzung beanspruchten Leistungen übergaben. Weiters ist durch die Besserung der Kohlenlage auch eine Belebung der Produktion zu erwarten, die eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Währungsordnung ist. Andererseits stehen allerdings einer Währungsordnung Schwierigkeiten entgegen,

die sich aus der Anwesenheit der Besatzungstruppen ergeben und die nur im Einvernehmen mit ihnen gelöst werden können.

Die Notwendigkeit eines Wirtschaftsplanes

Der Staat übt in der gegenwärtigen Mangellage einen überragenden Einfluß auf die Wirtschaft aus. Gebote und Verbote lenken und kontrollieren das Wirtschaftsleben und bestimmen neben der privaten Initiative des Einzelnen in hohem Maß das Wirtschaftsgeschehen. Die einzelnen staatlichen Maßnahmen müssen, wenn sie nicht willkürlich sein sollen, von einem konkreten Konzept und eindeutig umrissenen Zielen ausgehen. Es ist dabei von untergeordneter Bedeutung, ob es sich um einen bis ins einzelne ausgearbeiteten Plan auf lange Frist, nach dem Muster osteuropäischer Staaten, handelt oder um ein elastisches System von koordinierten Einzelmaßnahmen auf kürzere Frist. Ein derartiges Konzept fehlt zur Zeit in Österreich. Es bestehen wohl Einzelpläne, wie z. B. auf dem Gebiet der Ernährung, der Kohlenversorgung oder für die Energiewirtschaft, ohne daß jedoch diese Pläne zu einem einheitlichen Konzept koordiniert sind, auf das sämtliche wirtschaftspolitischen Maßnahmen ausgerichtet werden. Die Bemühungen um die Aufstellung eines Vierjahresplanes haben zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß bisher jede längerfristige Planung unmöglich war, da Österreichs Wirtschaft nahezu völlig von ausländischen Hilfsaktionen abhing, die sie selbst nur wenig beeinflussen konnte. Schon die bisherigen Kreditverhandlungen, wie anlässlich der Gewährung des englischen Pfundkredites, bei denen Österreich einen gewissen Einfluß auf die Verwendung der Mittel hatte, zeigten jedoch, daß ein ausgearbeitetes Wirtschaftsprogramm unerlässlich ist. Um so mehr gilt dies für die derzeitigen Besprechungen in Paris über den Marshall-Plan, an denen auch Österreich teilnimmt, wo ein gesamt-europäischer Wirtschaftsplan nur dann aufgestellt werden kann, wenn die einzelnen Staaten über eigene, fundierte Detailpläne verfügen.

Die Wirtschaftslage in Oberösterreich

Der *Wiederaufbau der Wirtschaft* in Oberösterreich ist dank einer Reihe günstiger Umstände bereits weiter fortgeschritten als in den übrigen Bundesländern. Schon während des Krieges wurde das wirtschaftliche Schwergewicht vom bombengefährdeten Wien immer mehr nach dem Westen verlegt, so daß zu Kriegsende nicht nur das ober-

österreichische Industriepotential erheblich gewachsen war, sondern auch umfangreiche Warenlager verfügbar waren. Dazu kam, daß Oberösterreich von unmittelbaren Kampfhandlungen, Requisitionen und Maschinendemontagen verschont blieb, der Verkehr infolge der Elektrifizierung des Eisenbahnnetzes bis Attnang-Puchheim rasch wieder auf-